

A N T R A G

der Fraktion DIE LINKE

betr.: Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer brauchen Sicherheit – Landesregierung muss tragfähiges Konzept für den Unterricht in den kommenden Wochen vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass dem Gesundheitsschutz an den Schulen oberste Priorität beigemessen wird, und fordert die Landesregierung auf, in Abstimmung mit Vertreterinnen und Vertretern der Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten, wie der Schulunterricht in den kommenden Wochen so funktionieren kann, dass der Gesundheitsschutz aller ebenso gewährleistet ist wie die gleichberechtigte Teilhabe, und dass ein Einstieg in einen Online-Präsenz-Wechselunterricht auch bei den Grundschulen sichergestellt wird.

B e g r ü n d u n g:

Dass in Zeiten der Corona-Pandemie nicht jeder Schritt langfristig im Voraus geplant werden kann, sondern auch kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen nötig sind, ist unbestritten – das galt im besonderen Maße in der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr 2020. Im derzeitigen Lockdown vermissen viele Schülerinnen und Schüler, Familien, Lehrerinnen und Lehrer aber Planungssicherheit, eine klare Linie der Landesregierung und eine Perspektive für die kommenden Wochen.

Ein Konzept sollte einen standortspezifischen Stufenplan enthalten und insbesondere darstellen:

- in welchem Zeitraum und unter welchen Voraussetzungen der Präsenzunterricht für welche Jahrgänge wieder starten kann,
- wie der Online-Unterricht so verbessert werden kann, dass Erfolg und Ausgestaltung nicht mehr abhängig von der einzelnen Schule und Lehrkraft sind, sondern landesweit einheitliche Standards und gleichwertige Zugänge und Teilnahmechancen für alle bestehen,
- wie ein Online-Präsenz-Wechselunterricht insgesamt - insbesondere auch bei den Grundschulen - ebenso mit Blick auf eine mögliche erneute Verschärfung des Infektionsgeschehens gelingen kann,
- wie Lerngruppen verkleinert werden können, etwa auch durch die zusätzliche Nutzung leerstehender Hallen und Räume in öffentlicher Hand,
- wie der Mindestabstand und der Gesundheitsschutz in den Schulklassen und auf dem Schulweg mit Bus und Bahn gewährleistet werden können.

Es ist unverständlich, warum der Präsenzunterricht trotz der hohen Infektionszahlen ausgerechnet mit den älteren Abschluss-Jahrgängen gestartet ist, die am wenigsten Probleme mit selbständigem Online-Lernen von zu Hause aus haben, und nicht mit den Jüngeren, die erheblich mehr Probleme mit dem häuslichen Lernen per Online-Schule haben, die sozialen Kontakte in der Schule stärker benötigen und Studien zufolge weniger anfällig für Corona-Infektionen sind. Die Bildungsministerin erklärt schließlich selbst: *"Digital gestütztes Lernen und Betreuung zuhause ist kein vollwertiger Ersatz für den Schulbesuch. In besonderem Maße gilt das neben den Abschlussklassen für die Grundschülerinnen und -schüler sowie die Kita-Kinder. Je länger Kinder nicht die Kita oder Grundschule besuchen, umso höher sind die Herausforderungen beim Übergang in der Einschulung oder dem Wechsel auf die weiterführende Schule."* Viele fragen sich auch, warum nicht die vorhandenen zeitlichen Spielräume für die Terminierung der Abschlussprüfungen genutzt und Alternativen geprüft werden, wie beispielsweise ein Hauptschulabschluss nach Durchschnittsnote.

Da die einzelnen Schulen die Situation und die Möglichkeiten vor Ort am besten kennen, sollten sie mehr Freiheiten erhalten.